

**EG- und Internationales Umweltrecht**

*Geden, Oliver/Fischer, Severin*

**Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union**

2008, 136 S., 19,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-3553-5

Fragen der Energie- und Klimapolitik sind in den letzten Jahren ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Aufgrund der komplexen Herausforderung, eine gleichermaßen nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung zu erreichen, setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Erfolgsaussichten energiepolitischer Handelns durch ein gemeinsames Vorgehen auf europäischer Ebene deutlich erhöht werden können. Diese Studie bietet erstmals eine systematische Einführung in die im Entstehen begriffene Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Die Analyse der zentralen Handlungsfelder und Instrumente bezieht nicht nur die Interessenlagen der wichtigsten Akteursgruppen mit ein, sondern berücksichtigt auch die spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen europäischer Politikgestaltung.

*Berkemann, Jörg/Halama, Günther*

**Handbuch zum Recht der Bau- und Umweltrichtlinien der EG**

2008, 848 S., 45,50 €, vhw Verlag, ISBN 978-3-87941-933-3

Das Handbuch stellt die für das Bau- und Umweltrecht maßgeblichen EG-Richtlinien übersichtlich zusammen. Ausgewählt wurden 14 Richtlinien, die überblicksartig und praxisgerecht erläutert werden. Eingeleitet wird die Textauswahl durch einen eingehenden Abriss des Gemeinschaftsrechts, wobei besonders die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und der deutschen Gerichte berücksichtigt wird. Daran schließt sich eine Kommentierung der ausgewählten Richtlinien an. Im Einzelnen wird der inhaltliche Kern der Richtlinien erläutert, über den Stand ihrer Umsetzung berichtet und schließlich auf wichtige Problemstellungen eingegangen. Dieser Bericht wird jeweils durch ausführliche Hinweise auf den Stand der europäischen und nationalen Rechtsprechung abgerundet.

*Scheyli, Martin*

**Konstitutionelle Gemeinwohlorientierung im Völkerrecht – Grundlagen völkerrechtlicher Konstitutionalisierung am Beispiel des Schutzes der globalen Umwelt**

2008, 572 S., 78,- €, Duncker&Humblot, ISBN 978-3-428-12826-6

Der Autor leistet einen Beitrag zur Erörterung der These, das Völkerrecht entwickle sich zu einer verfassungsähnlichen Ordnung der globalen Rechtsgemeinschaft. Ausgehend von der Frage, unter welchen Voraussetzungen die konstitutionelle Idee sich in einen völkerrechtlichen Kontext übertragen lässt, wird dabei ein am Maßstab des Gemeinwohls ausgerichteter, spezifischer völkerrechtlicher Verfassungsbe-griff entworfen. Die daraus resultierenden Kriterien einer konstitutionellen Realität des Völkerrechts verlangen, dass Gemeinwohlbelange nicht nur abstrakt anerkannt, sondern in rechtlichen Verpflichtungen normativ konkretisiert und umgesetzt werden. Der Autor untersucht die Verwirklichung dieser Vorgabe am Beispiel des Umweltvölkerrechts, wobei dem Klimaschutz besondere Beachtung zukommt. Die Ergebnisse führen zu der Frage, wie sich die vorhandenen konstitutionellen Gehalte des Völkerrechts festigen und weiterentwickeln lassen.

*Schniering, Peter*

**U.S. Climate Policy and Technology – The Bush Administration and American Conceptions of Environmental Challenges**

2008, 234 S., 44,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-3148-3

Wie lässt sich der starke Technologiefokus der U.S.-amerikanischen Klimapolitik erklären? Was ermöglichte der Regierung George W. Bush, bis ins Jahr 2007 verbindliche Klimaziele immer wieder abzulehnen und dies mit der ‚Vision‘ einer langfristigen technologischen Lösung zu rechtfertigen? Die vorliegende Untersuchung zeigt, wie stark die Klimapolitik und -rhetorik der Regierung mit besonderen amerikanischen Vorstellungen von Umwelt und Technologie verbunden ist und geht insbesondere auf die Entwicklungen nach Hurrikan ‚Katrina‘ und der Veröffentlichung von Al Gores An Inconvenient Truth ein.

**Umweltprivatrecht**

*Rüttgers, Christian*

**Wettbewerb in der deutschen Trinkwasserwirtschaft?**

2009, 229 S., 58,- €, Duncker&Humblot, ISBN 978-3-428-12987-4

In den achtziger Jahren begann in den Industriestaaten die Deregulierung der Netzbranchen. Auch in Deutschland wurden die Wirtschaftsbereiche Eisenbahn, Strom- und Gasversorgung sowie Telekommunika-

tion liberalisiert. In der Wasserversorgung dominieren dagegen bis heute vertikal integrierte Gebietsmonopolisten unter eigentumsrechtlichem Einfluss des Staates. Es stellt sich die Frage, inwieweit ein veränderter Regulierungsrahmen die Dispositionsspielräume privater Wirtschaftssubjekte angesichts dieser ordnungspolitisch zweifelhaften Situation ausweiten kann. Mit einem disaggregierten Regulierungsansatz wird der bei natürlichen Monopolen als notwendig erachtete regulierende Eingriff in seiner Intensität reduziert. Christian Rüttgers erweitert die Perspektive durch Einbezug weiterer Marktversagenstatbestände und Disaggregationsdimensionen. Er überträgt den ergänzten disaggregierten Regulierungsansatz auf die deutsche Wasserwirtschaft, um einen konkreten Reformfahrplan zu entwerfen, der den Einfluss von Interessengruppen, Politikern und Bürokraten berücksichtigt.

**Recht der UVP / SUP**

*Umweltbundesamt*

**Evaluation des UVPG des Bundes**

2009, 36,- €; sofia Berichte sB 01, ISBN 978-3-941627-00-0

Eine im Auftrag des Umweltbundesamtes anhand von 105 Zulassungsverfahren durchgeführte Studie weist den materiellen Nutzen der Umweltverträglichkeitsprüfung eindeutig nach. Damit wird das Vorurteil, die UVP habe keinen tatsächlichen Nutzen für die Umwelt klar widerlegt. Die UVP ist bei sämtlichen umweltrelevanten Projekten im Rahmen des Zulassungsverfahrens durchzuführen. Mit der Studie liegen jetzt erstmals belastbare empirische Daten zum UVP-Vollzug in Deutschland vor. So zeigen die Ergebnisse unter anderem, dass Verfahren ohne UVP deutlich schlechter abschneiden als Verfahren mit UVP. Allerdings muss die Qualität der Zulassungsverfahren weiter gesteigert werden. So erfüllt nur rund die Hälfte der Verfahren die Anforderungen des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Studie enthält zusätzlich Empfehlungen, wie die erkannten Defizite behoben oder vermindert werden können. Die Studie ist auch als download kostenlos verfügbar unter <http://www.umweltbundesamt.de/umweltrecht/uvp.htm>.

**Klimaschutz- und Energierecht**

*SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen*  
**Umweltgutachten 2008**  
**Umweltschutz im Zeichen des Klimawandels**  
 2008, 597 S., 79,- €, Erich Schmidt Verlag, ISBN 978-3-503-11091-9

Das Umweltgutachten des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) erscheint alle vier Jahre und bietet eine Gesamtschau der deutschen und europäischen Umweltpolitik. Der SRU analysiert und bewertet die aktuellen politischen Initiativen in allen wichtigen umweltpolitischen Handlungsfeldern. Das Umweltgutachten 2008 erfasst die wichtigen Schutzgüter Klima-, Natur- und Gesundheitsschutz. Der SRU weist auf die Wechselbeziehungen zwischen Natur-, Wald-, Boden- und Klimaschutz hin. Erfolgreicher Klimaschutz muss u. a. beim Erhalt bedeutsamer Kohlenstoffspeicher, insbesondere der Böden, Wälder und Moore, ansetzen. Auch die Abmilderung negativer Klimafolgen wird ohne einen flächendeckenden Naturschutz nicht gelingen. Der SRU berät die Bundesregierung seit 1972 in Fragen der Umweltpolitik. Die Zusammensetzung des Rates aus sieben Universitätsprofessoren und -professorinnen verschiedener Fachdisziplinen gewährleistet eine wissenschaftlich unabhängige und umfassende Begutachtung, sowohl aus naturwissenschaftlich-technischer als auch aus ökonomischer, rechtlicher, politikwissenschaftlicher und ethischer Perspektive.

*Umweltbundesamt*  
**Rechtliche Möglichkeiten des Verkaufs von Emissionsberechtigungen**  
 2008, 105 S., 19,80 €, Erich Schmidt Verlag, ISBN 978-3-503-11438-2

Das Werk befasst sich mit der Frage der Zulässigkeit von Veräußerungen im Emissionshandel. Es klärt die rechtliche Zulässigkeit der im Zuteilungsgesetz 2012 vorgesehenen Veräußerung von Emissionszertifikaten und konzentriert sich dabei auf eine Veräußerung in Form der Versteigerung. Die Versteigerung ist die Form der Veräußerung, zu der der Gesetzgeber spätestens ab dem Jahr 2010 übergehen will. Die Veräußerung in Form der Versteigerung wirft zusätzliche Probleme im Vergleich zu einem Verkauf am Markt auf. Das Werk untersucht verfassungsrechtliche und gemeinschaftsrechtliche Fragen wie die finanzverfassungsrechtliche Zulässigkeit der Veräußerung von Emissionszertifikaten, die Veräußerung von Zertifikaten und Freiheitsrechte des Grundgesetzes und die Vereinbarkeit der Regelungen mit den Vorgaben zu staatlichen Beihilfen aus Art. 87 und 88 EGV.

*Erk, Claudia*  
**Die künftige Vereinbarkeit des EEG mit Verfassungs- und Europarecht**  
 2008, 242 S., 49,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-3512-2

Die Autorin untersucht, inwieweit das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angesichts des stark steigenden Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der fortschreitenden Öffnung des Strombinnenmarkts künftig mit Verfassungs- und Europarecht in Einklang steht.

*Mühlbauer, Bernhard*  
**Emissionshandel – System und öffentlich-rechtlicher Rechtsschutz**  
 2008, 288 S., 63,- €, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8329-3301-2

Klimawandel und Klimaschutz beherrschen gegenwärtig die öffentliche Diskussion. Der in Deutschland Anfang 2005 eingeführte Emissionshandel ist ein neues Instrument zur Verringerung von Treibhausgasemissionen, dessen rechtliche Implementierung zahlreiche neue Fragen aufwirft. Die vorliegende Arbeit gibt einen Überblick über die rechtliche Einbettung in das internationale, europäische und nationale Normengefüge. Ausgehend von den vom Emissionshandel betroffenen Personen untersucht der Autor, welche prozessualen und materiell-rechtlichen Besonderheiten im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Rechtsschutzes bestehen. Aufgrund dieses Aufbaus ist die Arbeit auch für Praktiker von Interesse.

**Immissionsschutzrecht**  
*Beckert, Christian/Fabricius, Sabine*  
**TA Lärm – Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm mit Erläuterungen**  
 2008, 2. Aufl., 179 S., 28,60 €, Erich Schmidt Verlag, ISBN 978-3-503-09372-4

Die TA Lärm 1998 enthält Vorschriften zum Schutz gegen Lärm, der von genehmigungsbedürftigen und nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen ausgeht. Die wichtigen Vorschriften werden in diesem Buch ausführlich und verständlich erläutert. Die Neuauflage berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung und Literatur. Besonderes Gewicht legen die Autoren bei der Überarbeitung dieses Praxiswerks auf neue technische Entwicklungen, wie z.B. die Nutzung der Windkraft. Darüber hinaus enthält das Werk weitere praxisrelevante lärmschutzrechtliche Regelungen, wie z.B. die Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) und die Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV).

**Abfallrecht**  
*Flanderka, Fritz/Stroetmann, Clemens*  
**Verpackungsverordnung – Kommentar**  
 2008, 3. Aufl., 302 S., 49,- €, C.F. Müller Verlag, ISBN 978-3-8114-3247-5

Die Verpackungsverordnung gehört nach wie vor zu den umstrittensten Vorschriften des deutschen Umweltrechts – diese Feststellung trifft nach der 5. Novelle mehr als jemals zuvor zu. Kernziel der 5. Änderungsverordnung ist die Sicherstellung der haushaltsnahen Erfassung von Verkaufsverpackungen. Zu diesem Zweck ist vorgesehen, dass grundsätzlich alle Verpackungen, die an private Endverbraucher abgegeben werden, bei dualen Systemen zu lizenzieren sind. Zudem wurde mit der »Vollständigkeitserklärung« ein völlig neues Kontrollinstrument für Handel und Industrie eingeführt. Um die notwendigen Rahmenbedingungen für die am Markt tätigen dualen Systeme zu gewährleisten, ist u. a. die Einrichtung einer »Gemeinsamen Stelle« vorgesehen. Änderungen bei den Pfandvorschriften sollen zwischenzeitlich erkannte Lücken schließen. Das Werk erläutert die Struktur der Verordnung, zeigt Hintergründe auf und erläutert Zusammenhänge. Zudem werden die nötigen Bezüge zu anderen Gesetzen und wichtigen Entscheidungen hergestellt.

**Wasserrecht**  
*Desens, Sabrina*  
**Wasserpreisgestaltung nach Artikel 9 EG-Wasserrahmenrichtlinie**  
 2008, 381 S., 86,- €, Duncker&Humblot, ISBN 978-3-428-12895-2

Am 31. Dezember 2009 läuft die Umsetzungsfrist für Artikel 9 der Richtlinie 2000/60/EG (sog. Wasserrahmenrichtlinie), der die Mitgliedstaaten unter anderem verpflichtet, bis zum Jahr 2010 dafür zu sorgen, »[...] dass die Wassergebührenpolitik angemessene Anreize für die Benutzer darstellt, Wasserressourcen effizient zu nutzen, und somit zu den Umweltzielen dieser Richtlinie beiträgt« endgültig ab. Die rechtswissenschaftliche Diskussion zu dieser wichtigen Vorschrift steckt dagegen noch in den Anfängen. Die Autorin will vor allem eine gemeinsame Diskussionsgrundlage für Juristen und Wirtschaftswissenschaftler schaffen, denn beide Gruppen sind bei der Umsetzung der Richtlinie gefordert. Was die juristischen Fragen angeht, erscheint es in Zukunft vor allem notwendig, sich verstärkt auch aus kommunalabgabenrechtlicher Sicht mit den durch Artikel 9 WRRL aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen.